

„Anpassung mit Wachstum“ oder Schuldenerleichterungen?

Die theoretischen Grundlagen einer verstärkten Kooperation von IWF und Weltbank

Von Harald Sander*, Bochum

I. Wachstumsorientierte Auflagenpolitik: Ein neues Paradigma der Bretton-Woods-Organisationen?

Ein neuer Begriff macht seit einiger Zeit in der Diskussion um die Auslandsverschuldung der Entwicklungsländer die Runde: der Schuldenüberhang. Semantisch auf ein „Zuviel“ an Auslandsschulden verweisend, führt dieser Begriff inhaltlich zu der Frage nach dem „Zuviel für was?“. Zwei Interpretationen werden angeboten:

1. Der vorhandene Schuldenbestand vieler Entwicklungsländer ist zu hoch, um gleichzeitig Wachstum erzeugen und die Schulden bedienen zu können (*Weltbank* 1986);
2. Der vorhandene Schuldenbestand ist zu hoch, um private Kreditgeber zu einer weiteren freiwilligen Neukreditvergabe an die betroffenen Länder zu bewegen (vgl. *Krugman* 1985).

Der Vorschlag des amerikanischen Finanzministers *Baker* in Seoul 1985 – der sogenannte „Baker-Plan“ –, mehr private und öffentliche Kredite für die fünfzehn am höchsten verschuldeten Entwicklungsländer bereitzustellen, stellt einen Versuch dar, diese Schuldenüberhänge zu beseitigen. Die Lösungsformel heißt „Anpassung mit Wachstum“: Durch ausreichende externe Finanzierung sollen die Problemländer in die Lage versetzt werden, ihre Schulden vertragsgemäß zu bedienen und gleichzeitig eine wachstumsorientierte Politik zu betreiben. So soll nicht die absolute Höhe der

* Die Arbeiten an diesem Artikel wurden im August 1988 abgeschlossen. Inzwischen werden hochverschuldeten Ländern vom „*Brady-Plan*“ neben Neukrediten auch Schuldenerleichterungen – Zinssenkungen oder Schuldenreduktionen – in Aussicht gestellt. Damit ist der im Schlußwort angesprochene Strategiewandel bereits (teilweise) Realität geworden. Die neuen Optionen werden jedoch in diesem Beitrag bereits – aus damaliger Sicht „antizipierend“ – analysiert. Auf eine „Aktualisierung“ konnte daher verzichtet werden.

Auslandsverschuldung reduziert, sondern die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Schuldnerländer mit der Verschuldung in Einklang gebracht werden. Langfristig sinkende Schuldenkennziffern (z.B. Auslandsschulden zu Sozialprodukt oder Exporten) sind das Ziel dieser Finanzierungsstrategie. Diese sorgen – nach einer Phase des „forced lending“ – für eine Wiederbelebung der freiwilligen privaten Kreditvergabe¹.

Die traditionelle Beschreibung der Aufgabenverteilung zwischen den beiden Bretton-Woods-Organisationen – der IWF stellt kurzfristige Zahlungsbilanzfinanzierung unter stabilisierungspolitischen Auflagen, die Weltbank langfristige Entwicklungsfinanzierung zu wachstumspolitischen Konditionen zur Verfügung – wird durch ein neues Paradigma „Anpassung mit Wachstum“ bereits theoretisch unscharf. In der Realität lassen sich beide Aspekte ohnehin nur schwer trennen: Stabilisierungspolitische Maßnahmen können ebenso längerfristig wachstumsrelevante Wirkungen aufweisen² wie wachstumsorientierte Politikaufgaben kurzfristig stabilisierend oder destabilisierend wirken können. So verwundert die Feststellung von Mitarbeitern dieser Institutionen nicht, daß „on the face of it, the policy packages of the bank and the fund seem remarkably indistinguishable“ (*Khan / Montiel / Haque* 1986, S. 3). Denn einerseits betont der IWF immer wieder, daß seine Politikaufgaben auch Elemente wie Maßnahmen zur Handels- und Kapitalmarktliberalisierung, zum Subventionsabbau oder zur Reduzierung von „Preisverzerrungen“ enthalten, von denen er auch eine Verbesserung der Ressourcenallokation und eine Erhöhung des Produktionspotentials in den Schuldnerländern erwartet (vgl. z.B. *Khan / Knight* 1985, *Tanzi* 1987). Dieses sind aber typische Ingredienzien makroökonomisch ausgerichteter Weltbankprogramme. Andererseits finden sich in letzteren auch klassische IWF-Politikinstrumente wie Abwertungen der Schuldnerwährungen, Grenzwerte für Staatsbudgetdefizite oder Kürzungen von staatlichen Konsumausgaben. Dennoch, die unterschiedlichen Ziele und deren Gewichtung in den Programmen der beiden Institutionen veranlassen die Befürworter einer wachstumsorientierten Auflagenpolitik, eine stärkere Kooperation von IWF und Weltbank und eine Abstimmung der jeweiligen Programme zu fordern.

¹ Diese Position wird oft mit der Schuldenzyklustheorie (vgl. *Selowsky / van der Tak* 1986) begründet. Wegen des langfristigen Charakters einer wachstumsorientierten Anpassungspolitik müssen die Kreditgeber kurz- bis mittelfristig steigende Schuldenquoten in Erwartung des langfristigen Strategieerfolges akzeptieren.

² Eine Übersicht über empirische Untersuchungen der Wachstumswirkungen von IWF-Stabilisierungsprogrammen geben die IWF-Mitarbeiter *Khan* und *Knight* (1985). Vgl. ferner die Arbeit von *Killick* u. a. (1984).

Das erste bedeutende Beispiel für den Versuch ein integriertes IWF-Weltbank-Konzept zu etablieren war das Mexiko-Programm von 1986, für das rund 20 Mrd. US-\$ an Krediten mobilisiert wurden. Eine institutionalisierte Form hat die Kooperationen der beiden Organisationen durch die Struktur-anpassungsfazität und – seit dem 31. 12. 1987 – die Erweiterte Struktur-anpassungsfazität (letzte stellt mit 6 Mrd. Sonderziehungsrechten dreimal mehr Mittel als die erstere bereit) des IWF gefunden. Beide Fazilitäten stehen für die ärmsten Mitgliedsländer zur Verfügung und setzen wirtschafts-politische Rahmenvereinbarungen über die wirtschaftspolitischen Pro-grammziele mit den Ländern voraus, die gemeinsam mit beiden Institutio-nen erarbeitet werden sollen (IWF 1988, S. 27).

Dieser Aufsatz setzt sich mit den theoretischen Grundlagen einer ver-stärkten IWF-Weltbank-Kooperation auseinander. Ausgehend von der Dar-stellung der leider wenig bekannten, in der Praxis aber durchaus relevanten Modelltheorien von IWF und Weltbank (Kapitel II), wird ein von Mitarbei-tern dieser Institutionen entwickeltes Synthesemodell vorgestellt. Dieser Ansatz, als theoretische Basis einer wachstumsorientierten Auflagenpolitik gedacht, wird anschließend so erweitert, daß er für die Ableitung von Schul-denerleichterungen genutzt werden kann (Kapitel III). Eine kritische Wür-digung dieser Modelle schließt die Ausführungen ab (Kapitel IV).

II. Die theoretischen Grundlagen der Auflagenpolitik von IWF und Weltbank

Die Unterschiede in der Auflagenpolitik der beiden Bretton-Woods-Orga-nisationen sind erstens in den Programmzielformulierungen, zweitens in den jeweils hervorgehobenen Kausalbeziehungen zwischen Instrumenten-einsatz und erwarteter Wirkung und drittens und aus beidem folgend, in der verschiedenen Gewichtung der eingesetzten Politikinstrumente auszumachen. So hätte z. B. eine IWF-Politikauflage zur Begrenzung des Staatskonsums die primäre Funktion, eine restriktive inländische Kreditpolitik durchzusetzen, um die Zahlungsbilanz des Schuldnerlandes zu verbessern und die Inflation zu reduzieren. In einem Weltbankprogramm würden von derselben Maßnahme Wachstumsimpulse durch die Erhöhung der staat-lichen Ersparnis erwartet.

Da beide Institutionen ihre Auflagenpolitik mehr oder weniger explizit theoretisch begründen, also ein „Fonds-Modell“ und ein „Bank-Modell“ existiert, ist es sinnvoll und möglich, die Differenzen zwischen den jeweili-gen Konditionalitäten an Hand dieser sogenannten Programmierungs-modelle (in Anlehnung an *Khan / Montiel / Haque* 1986) zu untersuchen. Im

Gegensatz zu „positiv“ formulierten Theorien, bestimmen diese nicht die Werte der endogenen Variablen, sondern berechnen zu vorgegebenen Zielen quantitative Größen für diese Variablen, die die Grundlage für die Vorgaben der makroökonomischen Politikaufgaben bilden. Üblicherweise wird dabei zwischen „preconditions“, also Auflagen die vor Abschluß eines Abkommens zwischen IWF und Schuldnerland erfüllt werden müssen (in der Regel eine Abwertung der Währung) und „performance-Kriterien“, also Auflagen die während der Programmlaufzeit erfüllt werden müssen (z.B. Grenzen für die staatliche Kreditaufnahme), unterschieden. Während der IWF im Rahmen des „financial programming“ – der programmierten und z.T. erweiterten Version der Monetären Zahlungsbilanztheorie³ – mit nominellen (finanziellen) Größen arbeitet, verwendet die Weltbank ein realwirtschaftliches Wachstumsmodell vom *Harrod-Domar*-Typ für offene Volkswirtschaften. Im Sprachgebrauch der Bank wird dessen programmierte Form als „Revised Minimum Standard Model“ (RMSM) bezeichnet.

Grundlegend für beide Modelle (wie für die nachfolgende Integration beider Ansätze) sind die Budgetrestriktionen der einzelnen Wirtschaftssektoren. Als (vereinfachte) Identitätsgleichungen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung sichern sie zugleich die logische Modellkonsistenz:

$$\begin{array}{llll}
 (1) & Y - T - C_{Pr} - I_{Pr} & \equiv & \Delta M - \Delta D_{Pr} & \text{Privater Sektor} \\
 (2) & T - C_{St} - I_{St} & \equiv & -\Delta F - \Delta D_{St} & \text{Staat} \\
 (3) & IM - EX & \equiv & \Delta F - \Delta R & \text{Ausland} \\
 (4) & \Delta M & \equiv & \Delta R + \Delta D_{Pr} + \Delta D_{St} & \text{Bankensektor}
 \end{array}$$

Da diese Budgetrestriktionen keine Faktorzahlungen vom oder an das Ausland berücksichtigen, erzielt der private Sektor ein Einkommen in Höhe des Bruttosozialprodukts, das dem Bruttoinlandsprodukt (Y) entspricht. Dieses Einkommen wird für Steuerzahlungen (T), privaten Konsum (C_{Pr}) und private Investitionen (I_{Pr}) ausgegeben. Der verbleibende Finanzierungssaldo – zuzüglich der in dieser Periode neu an den privaten Sektor vergebenen Kredite (ΔD_{Pr}) – wird zur Akkumulation von Geldbeständen (ΔM) verwendet⁴. Der Staat deckt ein mögliches Finanzierungsdefizit – das nach Abzug des Staatskonsums (C_{St}) und der staatlichen Investitionen (I_{St}) von

³ Das Grundmodell geht auf *Polak* (1957) zurück. Zur Monetären Zahlungsbilanztheorie siehe den Sammelband von *Frenkel / Johnson* (1977).

⁴ Es wird von privaten Kapitalexporten und -importen abstrahiert. Da die Veränderung der ausländischen Aktiva (bzw. Passiva) in den folgenden Modellen als exogene Variable behandelt wird, kann diese Modellerweiterung sehr einfach vorgenommen werden.

den Steuereinnahmen entsteht – durch eine Kreditaufnahme im Inland (ΔD_{St}) oder im Ausland (ΔF) ab. Gleichung (3) gibt die Zahlungsbilanzdefinition wieder: Ein Überschuß der Importe (IM) über die Exporte (EX) wird durch Auslandskredite oder Veränderungen der ausländischen Devisenreserven (ΔR) finanziert. Die konsolidierte Bilanz des Bankensystems (4) zeigt, daß die Geldmengenänderungen durch Reservenänderungen und Kredite an den Staat und die Privaten hervorgerufen werden. Summiert man die Budgetrestriktionen aller Sektoren auf, so erhält man die Definitionsgleichung für das Bruttoinlandsprodukt:

$$(5) \quad Y \equiv C_{Pr} + C_{St} + I_{Pr} + I_{St} + EX - IM.$$

Mit Hilfe dieser Budgetrestriktionen gelangt man durch die jeweilige Zielformulierung und Spezifikation von Verhaltenshypothesen direkt zu den Programmierungsmodellen von IWF und Weltbank.

1. IWF-Auflagenpolitik und finanzielle Programmierung

Das primäre Ziel der IWF-Auflagenpolitik ist die Sicherung der Zahlungsfähigkeit eines Schuldners, der IWF-Ressourcen in Anspruch nimmt. Die Konditionalität will also garantieren, daß nach Ablauf der Programmlaufzeit hinreichend Devisenreserven im Schuldnerland vorhanden sind, um eine pünktliche Rückzahlung zu gewährleisten. Programmlaufzeiten von durchschnittlich 1 - 3 Jahren begründen dabei die eher kurzfristige Orientierung des IWF-Modells, das in der einfachsten Version lediglich eine Zielgröße für die Veränderung der Devisenreserven ΔR^* (ein „*“ soll anzeigen, daß es sich um eine Zielvariable handelt) vorgibt. Verhaltenstheoretisch gibt sich das Modell bescheiden: Das Fundament bildet neben den Budgetrestriktionen nur die Quantitätsgleichung, also die rechnerische Identität monetärer (Geldmenge $\times$ Umlaufgeschwindigkeit des Geldes) und realer Transaktionen (Sozialprodukt $\times$ Preisniveau), die durch drei einfache Hypothesen in den Status einer Theorie erhoben wird:

1. Der Geldmarkt befindet sich nicht nur im Bestands-, sondern auch im Stromgleichgewicht: Eine Veränderung des Geldangebots (ΔM^s) entspricht immer einer Veränderung der Geldnachfrage (ΔM^d):

$$(6) \quad \Delta M^s = \Delta M^d.$$

2. Die Geldnachfrage ist nur abhängig vom nominalen Bruttoinlandsprodukt. Die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes (v) ist während des gesamten Analysezeitraums konstant. Die Geldnachfragefunktion lautet also:

$$(7) \quad \Delta M^d = \Delta Y/v.$$

3. Das nominale Bruttoinlandsprodukt und dessen Veränderung ist während der Programmlaufzeit exogen und unabhängig von den gegebenenfalls eingesetzten Politikinstrumenten (exogene Variablen sind durch ein „-“ gekennzeichnet):

$$(8) \quad \Delta Y = \overline{\Delta Y}.$$

Einsetzen von (7) und (8) in (6) zeigt, daß ein Geldmarktgleichgewicht nur mit einem einzigen Wert für die Geldangebotserhöhung verträglich ist:

$$(6a) \quad \Delta M^s = \overline{\Delta Y}/v.$$

Die Bilanz (oder Budgetrestriktion) des Bankensektors zeigt, daß jede Änderung des Geldangebotes entweder auf Devisenreservenänderungen oder eine Veränderung des Kreditvolumens ($\Delta D = \Delta D_{Pr} + \Delta D_{St}$) zurückgeht. Steht eine inländische Kreditexpansion oder -kontraktion und die hieraus resultierende Geldmengenänderung nicht im Einklang mit der Geldnachfrage, so kommt es zu einer Reduktion oder Expansion der Devisenreserven. Die Zahlungsbilanz ist ein Reflex des Geldmarktes. Zahlungsbilanzkrisen sind somit die Folge einer zu expansiven inländischen Kreditpolitik. Diese Kernthese der monetären Zahlungsbilanztheorie läßt sich durch Einsetzen von (6a) in (4) algebraisch darstellen:

$$(9) \quad \Delta R = \overline{\Delta Y}/v - \Delta D.$$

Ist mit der „verfehlten Kreditpolitik“ der Verursacher der Zahlungsbilanzkrise erst einmal ausgemacht, bietet sich diese als Politikinstrument der IWF-Konditionalität an und die „Kurskorrektur“ ist leicht zu „programmieren“: Die exogene Nominaleinkommensänderung und die Geldnachfragefunktion (also der empirische Wert von „v“) werden geschätzt, ein Zahlungsbilanzziel ΔR^* vorgegeben und der Instrumentenwert (durch ein „^“ gekennzeichnet) für die maximale Kreditexpansion mit der Fondsgleichung

$$(4^F) \quad \Delta \hat{D} = \overline{\Delta Y}/v - \Delta R^*$$

berechnet. Dieser Wert dient als performance-Kriterium der Programmüberwachung. Weicht das kreditnachfragende Land in seiner Kreditpolitik von dieser Grenze nach oben ab, so kann dies zur Suspendierung der Auszahlung weiterer IWF-Kredite führen. Zwar wird ein verhaltenstheoretisch begründeter Kausalnexus, der die zahlungsbilanzverbessernde Wirkung der

Kreditrestriktion erklärt, nicht unmittelbar deutlich, es ist jedoch offensichtlich, daß ein Reservenzuwachs nur durch eine Begrenzung der inländischen Absorption ($A = C_{Pr} + C_{St} + I_{Pr} + I_{St}$) und der Importe im Rahmen dieser Modellogik möglich ist. Ersteres läßt sich algebraisch darstellen, wenn man die Budgetrestriktion der Privaten (1) und des Staates (2) addiert und die Geldmarktgleichgewichtsbedingung (6a) für ΔM einsetzt:

$$\bar{Y} - A = \overline{\Delta Y}/v - \Delta \hat{D} - \overline{\Delta F}.$$

Bei gegebenem Nettokapitalimport (neue Auslandskredite abzüglich Rückzahlungen) führt die Kreditrestriktion zu einer Absorptionsreduktion im gleichen Ausmaß. Sie entspricht zugleich dem quantitativen Wert der Importreduktion. Die Zahlungsbilanzgleichung zeigt dann bei gegebenem Reservenziel die „programmierte“ Importhöhe:

$$(3^F) \quad IM = \overline{EX} + \overline{\Delta F} - \Delta R^*$$

Wird dieser Importwert aber quasi automatisch erreicht, etwa durch eine Eins-zu-Eins-Reduktion der staatlichen Importe? Im allgemeinen wohl nicht. Sind die Importe abhängig vom Nominaleinkommen, gilt also die Importfunktion

$$(10) \quad IM = m \cdot Y,$$

so ist nicht mehr gesichert, daß der in (3^F) berechnete Wert tatsächlich realisiert wird (theoretisch gesprochen liegt also ein überdeterminiertes Modell vor). Soll das Zahlungsbilanzziel nicht korrigiert werden und lassen sich weder Exporte noch Kapitalimporte innerhalb der Programmlaufzeit verändern, so können zu hohe Importe – zumindest in dieser makroökonomischen Modellogik – nur durch eine Nominaleinkommensreduktion nach unten angepaßt werden.

Die Nominaleinkommensreduktion ist das Herzstück eines IWF-Anpassungsprogramms, und es gibt zwei Wege sie zustandezubringen: durch Preisniveau- bzw. Inflationsratensenkung oder durch Realeinkommenskontraktion. Während die Kritiker der Fonds-Programme diese für Wachstums-, Beschäftigungs- und Produktionseinbrüche in den Programmländern verantwortlich machen, werden von IWF-Seite die Preisanpassungen betont. Eine reale Kontraktion sei allenfalls temporär. Der niederländische Ökonom *J. J. Polak* hat 1957 als IWF-Mitarbeiter die theoretischen Grundlagen der finanziellen Programmierung bei variablem Preisniveau entwickelt und damit das wohl „einflußreichste“ ökonomische Modell seit *Keynes* geschaffen.

Das *Polak*-Modell rekuriert – wie der zuvor vorgestellte einfache Programmierungsansatz – auf die Quantitätsgleichung, postuliert ein Geldmarktstromgleichgewicht (Gleichung 6) und unterstellt eine stabile Geldnachfragefunktion mit konstanter Geldumlaufgeschwindigkeit. Als exogen und unabhängig von den gegebenenfalls eingesetzten Politikinstrumenten wird nun jedoch nur noch das reale Bruttoinlandsprodukt (y) und dessen Veränderung behandelt:

$$(8a) \quad \Delta y = \overline{\Delta y}.$$

Die Änderung des Nominaleinkommens läßt sich dann durch

$$(11) \quad \Delta Y = \Delta P y_{t-1} + P_{t-1} \overline{\Delta y}$$

approximieren⁵. Somit wird die Preisniveauänderung quantitätstheoretisch durch die Änderung des Geldangebots erklärt. Wird jedoch mit zahlungsbilanzpolitisch motivierten Kreditrestriktionen die Veränderung des inländischen Preisniveaus beeinflusst, liegt es nahe, diese Variable zu einem „internen“ Programmziel zu machen (ΔP^*). Für vorgegebene externe und interne Programmziele läßt sich dann die „richtige“ Kreditexpansion errechnen. Durch Einsetzen von (11) in (4^F) erhält man:

$$(4a^F) \quad \Delta \hat{D} = (y_{t-1}/v) \Delta P^* + (P_{t-1}/v) \overline{\Delta y} - \Delta R^*.$$

Je höher die intendierte Reservenerhöhung und je geringer die Preissteigerungen ausfallen sollen, desto restriktiver wird das performance-Kriterium für die Kreditexpansion ausfallen. Wenn aber – wie eine ökonometrische Untersuchung von *Kenen* (1986) belegt – der IWF die Preissteigerungen systematisch unterschätzt, fällt die berechnete monetäre Kontraktion zu stark aus. Realeinkommensenkungen können die Folge sein. Und in der Tat zeigt *Kenens* Untersuchung, daß der Fonds das Bruttoinlandsproduktwachstum der Programmländer häufig überschätzt. Während also in der Realität reale Einkommenseinbußen zu einem beträchtlichen Teil für die Importreduktion und die Zahlungsbilanzverbesserung verantwortlich sind, begründet das *Polak*-Modell diese Wirkungen mit Preissenkungen bzw. der Reduktion von Preissteigerungen. Dies wird ersichtlich, wenn man die Importfunktion (10) in die Zahlungsbilanzrestriktion einsetzt, das Nominaleinkommen der Anpassungsperiode als $Y = Y_{t-1} + \Delta Y$ definiert und ΔY

⁵ Aus der Differentiation der Nominaleinkommensdefinition ($\Delta Y = \Delta(Py) = \Delta Py + P \Delta y$) folgt nach Einsetzen von $P = P_{t-1} + \Delta P$ und $y = y_{t-1} + \Delta y$ die exakte Form von Gleichung (11): $\Delta Y = \Delta P y_{t-1} + P_{t-1} \Delta y + 2 \Delta P \Delta y$. Für relativ kleine Werte von ΔP und Δy kann der letzte Term vernachlässigt werden.

durch Gleichung (11) bestimmt. Die programmierte Version der Zahlungsbilanzrestriktion:

$$(3a^F) \quad \Delta R^* = \overline{EX} + \overline{\Delta F} - m(Y_{t-1} + P_{t-1}\overline{\Delta y}) - my_{t-1}\Delta P^*$$

beschreibt diesen Kausalzusammenhang. Schreibt man $(4a^F)$ in analoger Form:

$$(4a^F) \quad \Delta R^* = -\Delta \hat{D} + (P_{t-1}/v)\overline{\Delta y} + (y_{t-1}/v)\Delta P^*,$$

so lassen sich die erreichbaren Zielkombinationen von ΔR^* und ΔP^* durch die möglichen Schnittpunkte von Zahlungsbilanzkurve ($3a^F$: ZZ-Kurve) und die Kurve des Geldmarktgleichgewichtes ($4a^F$: MM-Kurve) darstellen:

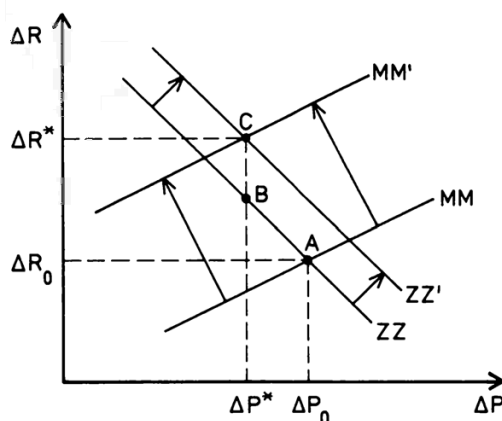


Abb. 1: Das Polak-Modell

Wenn Punkt A die Situation der Volkswirtschaft vor der Durchführung eines Anpassungsprogramms beschreibt, so kann eine restriktive Kreditpolitik jede Kombination von externem und internem Ziel erreichen (Linksverschiebung der MM-Kurve), die mit der Zahlungsbilanzgleichung kompatibel ist (also auf der ZZ-Kurve liegt). Ambitioniertere Programme, die eine Reservenerhöhung von ΔR^* bei einer Preissteigerung von ΔP^* durchsetzen wollen sind nur realisierbar, wenn zusätzliche zahlungsbilanzverbessernde Instrumente eingesetzt werden. Mehr Nettokapitalimporte, Exportsteigerung und Importprotektionismus sind denkbare Mittel. Eine größere praktische Bedeutung haben in IWF-Programmen jedoch Währungsabwertungen, die als „precondition“ häufig die Voraussetzung für das Zustandekommen

eines Stand-by-Abkommens zwischen IWF und Schuldnerland bilden⁶. Ohne hier die Details einer Abwertungsprogrammierung zu erläutern⁷, läßt sich nun die theoretische Begründung der üblichen IWF-Politikauflagen durch die Arbeitsschritte der finanziellen Programmierung beschreiben:

1. Bestimmung der Zielvorgaben für ΔR^* und ΔP^* .
2. Festlegung der Prognosewerte für die modellexogenen Variablen $\overline{\Delta y}$, $\overline{EX}$ und $\overline{\Delta F}$.
3. Schätzung der Geldnachfragefunktion und Berechnung der Geldnachfrage unter Verwendung der Realeinkommensprojektion und der projizierten Preissteigerung.
4. Programmierung der Kreditexpansionsrate $\Delta \hat{D}$ nach Gleichung (4a^F) und Prüfung, ob beide Programmziele unter Beachtung der Zahlungsbilanzrestriktion (3a^F) erreichbar sind. Wenn ja, folgen sofort die Programmierungsschritte 5 und 6. Wenn nicht, muß ein Wechselkurs programmiert werden, zu dem beide Ziele erreichbar sind. Alternativ hierzu sind Zielrevisionen oder die Mobilisierung externer Ersparnisse denkbar. Anschließend können die Programmschritte 5 und 6 durchgeführt werden.
5. Soll der private Sektor nicht durch Kreditrestriktionen betroffen werden, kann ein weiteres Ziel für die Kreditexpansion an diesen festgelegt werden. Die „normale“ private Kreditnachfrage könnte z.B. durch die Kredit-Einkommensrelation der Vorperiode geschätzt werden:

$$\Delta D_{Pr}^* = (D_{Pr}/Y)_{t-1} \cdot \overline{\Delta Y}$$

Die Einhaltung der Kreditobergrenzen erfordert dann ein performance-Kriterium für staatliche Kreditaufnahme:

$$\Delta \hat{D}_{St} = \Delta \hat{D} - \Delta D_{Pr}^*.$$

⁶ Abwertungen werden häufig als preconditions verlangt, um spektakuläre private Kapitalbewegungen während der Programmdurchführung zu verhindern. Gelegentlich enthalten Programme jedoch auch permanente Miniabwertungen (crawling peg) als performance-Kriterium.

⁷ Da der Schwerpunkt der Ausführungen die Diskussion der externen Finanzierung ist, werden Abwertungen hier zur Vereinfachung weitgehend vernachlässigt. Die Details einer Wechselkursprogrammierung stellen Khan / Montiel / Haque (1986) dar. Diese Autoren unterstellen jedoch die üblichen Erfolgsbedingungen für eine Abwertung. Eine kritische Darstellung möglicher stagflationärer Wirkungen einer Abwertung findet sich bei Krugman / Taylor (1978).

6. Bei Kreditobergrenzen für den öffentlichen Sektor und exogen vorgegebenem Nettokapitalimport sind Steuereinnahmen, Staatskonsum und staatliche Investitionen endogene Variablen:

$$T - C_{St} - I_{St} = \overline{\Delta F} - \Delta D_{\$t}.$$

Vorschläge für staatliche Ausgabenkürzungen und Steuererhöhungen sind in der Regel der Inhalt der Absichtserklärungen (letter of intent) der Regierungen der Länder, die einen IWF-Kredit nachfragen.

2. Weltbankpolitikaufgaben und Wachstumsprogrammierung

Die theoretische Grundlage von makroökonomisch ausgerichteten Weltbankprogrammen ist ein realwirtschaftliches Wachstumsmodell vom *Harrod-Domar*-Typ. Realkapital (K) ist der einzige wachstumslimitierende Produktionsfaktor. Die Produktionsfunktion lautet daher:

$$(12) \quad y = f(K)$$

Für die Veränderung des realen Bruttoinlandsprodukts bzw. dessen Wachstumsrate (g_y) ergibt sich dann:

$$(12a) \quad \Delta y = f_K \cdot \Delta K = f_K \cdot I$$

$$(12b) \quad g_y = f_K (I/y).$$

Da f_K den Kehrwert des marginalen Kapitalkoeffizienten (k) darstellt und die Änderung des Realkapitalbestandes die gesamten inländischen Investitionen ($I = I_{Pr} + I_{St}$) umfaßt, wird implizit unterstellt, daß öffentliche und private Investitionen mit dem gleichen Kapitalkoeffizienten wachstumswirksam werden. Bei konstantem, exogenem Preisniveau ($P = 1$) kann die Wachstumsprogrammierung im Revised Minimum Standard Modell der Weltbank weiterhin mit den Nominalwerten der Variablen durchgeführt werden. Für ein vorgegebenes Wachstumsziel (Δy^*) läßt sich aus Gleichung (12a) das notwendige Investitionsvolumen im Programmzeitrahmen direkt bestimmen, wenn der Kapitalkoeffizient bekannt ist. Wird das mögliche Investitionsvolumen – wie in Wachstumsmodellen üblich – bei permanentem Gütermarktgleichgewicht durch die Ersparnis determiniert, so läßt sich dieses aus der Definitionsgleichung des Bruttoinlandsprodukts (5) ableiten:

$$(5a) \quad I \equiv (Y - C_{Pr} - T) + (T - C_{St}) + (IM - EX)$$

$$(5b) \quad I \equiv S_{Pr} + S_{St} + S_F.$$

Die private (S_{Pr}), die staatliche (S_{St}) und die ausländische Ersparnis (S_F) wird jeweils durch eine sektorale Sparfunktion erklärt:

$$(13) \quad S_{Pr} = s(y - T) \quad \text{mit } s = \text{marginale und durchschnittliche Sparquote}$$

$$(14) \quad S_{St} = T - C_{St}$$

$$(15) \quad S_F = my - EX \quad \text{mit } m = \text{Importquote.}$$

Mit der Festlegung des Wachstumsziels ist auch das Einkommen der betrachteten Periode (y^*) vorgegeben. Da das RMSM – ebenso wie das Fonds-Modell – Exporte als exogene Variable behandelt ($EX = \overline{EX}$), können nur die Steuern und Konsumausgaben des Staates als Politikinstrumente eingesetzt werden, wenn das mögliche vom notwendig erachteten Investitionsvolumen abweicht. Die Manipulation der staatliche Ersparnis ist also das Mittel, um die gewollten, wachstumsnotwendigen Investitionen zu finanzieren. Dies wird durch Einsetzen der sektoralen Sparfunktionen in Gleichung (5b) deutlich:

$$(5c) \quad I = (s + m)y^* + (1 - s)\hat{T} - \hat{C}_{St} - \overline{EX}.$$

Die Notwendigkeit, eine Wachstumsprogrammierung vorzunehmen und die staatliche Ersparnis zu steigern, wird also zunächst aus der Diagnose einer internen Ersparnislücke begründet⁸. Das Modell setzt – so wie es bis jetzt formuliert ist – einen unbeschränkten Zugang der Programmländer zum internationalen Kreditmarkt voraus. In der Sprache der Two-Gap-Theorie⁹ ausgedrückt: „Es liegt keine Devisenlücke vor“! Weil jedes Leistungsbilanzdefizit extern finanziert werden kann und die externe Ersparnis erhöht, steigern Importe und senken Exporte das mögliche Investitionsvolumen. Häufig ist es jedoch der beschränkte Zugang zum Kapitalmarkt, der die Programmländer Weltbankkredite nachfragen läßt und dieser Bedarf gibt der Bank erst die Möglichkeit, wirtschaftspolitische Auflagen durchzusetzen.

Liegt eine Devisenlücke vor, so kann das Wachstumsziel nur erreicht werden, wenn für die notwendigen Importe ($I\hat{M} = my^*$) genügend zusätzliche externe Finanzierung bereitgestellt wird. So tritt die Weltbank als Kreditgeber und/oder als Vermittler zwischen privaten Kapitalgebern und den

⁸ In diesem Modell wird die Rolle der Kapitalmärkte und der finanziellen Intermediation für die Mobilisierung interner Ersparnisse nicht erfaßt. Neuere Weltbankpolitikstrategien wie „Finanzielle Liberalisierung“ können also in diesem Modellrahmen nicht diskutiert werden.

⁹ Das Two-Gap-Modell geht auf *Chenery / Strout* (1966) zurück.

Ländern auf. Die Mobilisierung externer Ersparnisse ist ein weiteres Politikinstrument der Weltbank mit dessen Hilfe zugleich Zahlungsbilanzprobleme gelöst werden sollen: Die (positive) Veränderung der Devisenreserven ist daher die zweite Zielvariable der Weltbank (ΔR^*). Somit läßt sich der notwendige Nettokapitalzufluß aus der Zahlungsbilanzrestriktion berechnen:

$$(3^B) \quad \Delta \hat{F} = my^* - \overline{EX} - \Delta R^*.$$

Für die Wachstumsprogrammierung der Weltbank ergeben sich damit die folgenden Arbeitsschritte:

1. Formulierung von Wachstumsziel (Δy^*) und Zahlungsbilanzziel (ΔR^*)
2. Empirische Schätzung des Kapitalkoeffizienten und Bestimmung des notwendigen Investitionsvolumens zur Erreichung des Wachstumsziels aus (12 a).
3. Schätzung der Importquote (m), Bestimmung der notwendigen Importe (IM), Projektion der Exporte ($\overline{EX}$) und anschließende Programmierung der erforderlichen Nettokapitalimporte mit Gleichung 3^B.
4. Kann der programmierte Nettokapitalimport dem Programmland zur Verfügung gestellt werden, so ist – nach Schätzung der Sparquote (s) – zu prüfen, ob die interne Ersparnis nach Beseitigung einer möglichen Devisenlücke ausreicht, die notwendigen Investitionen zu finanzieren. Ist dies nicht der Fall, ist eine Kombination von Steuererhöhung und Reduktion des Staatskonsums zu bestimmen, die Gleichung (5 c) erfüllt.
5. Ist der Nettokapitalzufluß begrenzt und geringer als der programmierte Wert $\Delta \hat{F}$, so ist das Modell überdeterminiert. Sollen die Programmziele nicht revidiert werden und lassen sich die Exporteinnahmen nicht durch zusätzliche Maßnahmen innerhalb der Programmlaufzeit steigern, so können die notwendigen (einkommensabhängigen) Importe nur finanziert werden, wenn die preisabhängigen Importe durch eine Abwertung der Inlandswährung ($\Delta e > 0$) reduziert werden. Die notwendige Wechselkursänderung läßt sich für die wechselkursabhängige Importfunktion

$$(10a) \quad IM = my^* - be$$

aus der (neuen) Zahlungsbilanzrestriktion

$$(3a^B) \quad \overline{\Delta F} = my^* - b\hat{e} - \overline{EX} + \Delta R^*$$

bestimmen. Der Wechselkurs ersetzt dann die Nettokapitalimporte als Politikvariable. In der Regel wird für Länder mit beschränktem Zugang

- zum Kapitalmarkt – je nach Einschätzung der Angemessenheit der tatsächlichen Wechselkurse – eine Kombinationslösung von Abwertung und externer Finanzierung gewählt werden. Ist die Devisenlücke geschlossen, können – wie im Programmschritt 4 – die Werte für die Instrumente $\hat{T}$ und $\hat{C}_{St}$ zur Beseitigung der Ersparnislücke programmiert werden¹⁰.
6. Gelingt es nicht, die Devisenlücke ohne Beeinträchtigung des Wachstumsziels zu schließen, werden Zielrevisionen notwendig.

III. Anpassung mit Wachstum oder Schuldenerleichterungen? – Die logischen Grundlagen aktueller Schuldenmanagementoptionen

Der *Baker*-Plan und die neuen Strukturanpassungsfazilitäten des IWF betonen – für jeweils unterschiedliche Ländergruppen – die Bedeutung der externen Finanzierung für eine wachstumsorientierte Anpassungsstrategie. Die Bereitstellung eigener und die Mobilisierung privater Kredite für eine Wachstumsfinanzierung ist ein charakteristisches Politikinstrument der Weltbank. Diese Initiativen zielen daher auf eine intensivere Einbeziehung der Weltbank in das Management der Verschuldungskrise ab und fordern eine stärkere Kooperation zwischen den beiden Bretton-Woods-Organisationen.

Beschreibt man die logische Struktur der Theorieansätze der beiden Institutionen noch einmal schematisch, so wird deutlich, daß jede Organisation – im Sinne von *Tinbergen* – genügend Politikinstrumente zur Erreichung ihrer Programmziele zur Verfügung hat:

Institution	Zielvariablen	endogene Variablen	exogene Variablen	Instrumentvariablen	Parameter
IWF	ΔR	ΔY	Δy	ΔD	v
	ΔP	ΔM	EX	Δe	m
	(ΔD_{Pr})	IM	ΔF	(ΔD_{St})	
		$(T - C_{St} - I_{St})$			
WELTBANK	Δy	IM	EX	C_{St}	s
	ΔR	I		T	m
		S_{Pr}		$\Delta F / \Delta e$	f_K

Abb. 2: Struktur von IWF- und Weltbankansatz

¹⁰ Damit eine Abwertung positive Wachstumswirkungen erzeugt, darf es zu keiner Beschränkung der (im Inland nicht produzierbaren) Kapitalgüterimporte kommen.

Eine Integration beider Ansätze ist sofort möglich, wenn das reale Bruttoinlandsprodukt – die exogene Variable im IWF-Modell – durch die Wachstumsprogrammierung der Weltbank endogenisiert wird und somit der (langfristige) Nettokapitalimport das Politikinstrumentarium des IWF ergänzt. Dies ist auf der abstrakten theoretischen Ebene die Beschreibung der auf politischen Gipfeln diskutierten Forderungen nach einer Ausweitung der Finanzierung durch höhere IWF-/Weltbankfazilitäten und verstärkte private Kreditvergabe, nach längeren Programmlaufzeiten, nach einer Wachstumsorientierung von Anpassungsprogrammen und einer verstärkten IWF-Weltbank-Kooperation.

Die theoretisch einfachste und zugleich am wenigsten befriedigende Integrationslösung ist die rekursive Bestimmung eines wachstumsorientierten Anpassungsprogramms: Die Weltbank würde zunächst den erforderlichen Nettokapitalimport zur Finanzierung des gewünschten Wirtschaftswachstums (unter Beachtung des – mit dem IWF abgestimmten – Zahlungsbilanzziels) berechnen. Beide Werte (Δy^* und $\Delta \hat{F}$) gingen dann als exogene Variablen in die IWF-Programmierung der internen Kreditexpansionsrate ein. Dieser Vorschlag impliziert aber drei theoretische Probleme und (mindestens) eine praktische Schwierigkeit: Theoretisch erfaßt eine rekursive Modellösung nicht alle vorhandenen Interdependenzen zwischen den realen Größen der Wachstums- und den nominellen Größen der finanziellen Programmierung, ein möglicher Einfluß der Kreditpolitik (ΔD) auf die Kapitalbildung und das reale Sozialprodukt wird nicht beachtet und weiterhin werden Zinszahlungen auf Auslandsschulden im Modell nicht erfaßt. Praktisch hat sich hingegen in den letzten Jahren gezeigt, daß insbesondere die Finanzierungsbereitschaft der privaten Banken hinter den Erwartungen und Erfordernissen zurückgeblieben ist und es zu einem sogenannten negativen finanziellen Transfer – die Neukreditvergabe ist geringer als der Schuldendienst – gekommen ist, der für Länder mit Schuldendienstproblemen in den letzten Jahren zwischen 2 und 4 % des Bruttoinlandsprodukts betrug¹¹.

Im folgenden soll zunächst ein integriertes IWF-Weltbank-Modell vorgestellt werden, das von Mitarbeitern dieser Institutionen (*Khan / Montiel / Haque* 1986) erarbeitet wurde und gewissermaßen das theoretische Pendant zum *Baker*-Plan darstellt, jedoch den Ressourcentransfer nicht berücksichtigt. Anschließend wird dieses Modell um Zinszahlungen auf Auslandsschulden erweitert und gezeigt, wie Schuldenerleichterungen – Zinsreduktion und Schuldenerlaß – im Rahmen des theoretischen Ansatzes von Fonds

¹¹ Vergleiche dazu IWF (1987, S. 26). In einigen Ländern Lateinamerikas überschreitet diese Zahl die Fünf-Prozent-Grenze (*Devlin* 1987).

und Bank unter stabilisierungs- und wachstumspolitischen Zielsetzungen „programmiert“ werden können.

1. Das integrierte IWF-Weltbank-Modell

Das gemeinsame Programmierungsmodell von IWF und Weltbank muß den Instrumenteneinsatz so festlegen, daß drei Programmziele gleichzeitig erreicht werden können: das Zahlungsbilanz-, das Inflations- und das Wachstumsziel. Damit ergibt sich die folgende Modellstruktur:

Zielvariablen	endogene Variablen	exogene Variablen	Instrumentvariablen	Parameter
ΔR	ΔY	EX	C_{St}	v
ΔP	ΔM		T	m
Δy	IM		ΔD	f_K
	I		$\Delta F / \Delta e$	s

Abb. 3: Struktur eines integrierten IWF-Weltbankmodells

Da vier Instrumente zur Erreichung von drei Zielen bereitstehen, läßt sich der quantitative Wert eines Instrumentes frei wählen, die restlichen drei Instrumentenwerte werden dann durch das Modell bestimmt (wenn Wechselkursaktionen mit einbezogen werden, können zwei Instrumentenwerte willkürlich festgelegt werden). Dies ist freilich weit mehr als ein technisches Problem: Legt man z. B. $\Delta \hat{F}$ unter Berücksichtigung der (gegenwärtig geringen) Finanzierungsbereitschaft der Banken fest, könnte dies z. B. höhere Einschränkungen für den Staatskonsum zur Folge haben. Wird dessen (weitere) Einschränkung hingegen als politisch und sozial nicht mehr vertretbar bewertet und C_{St} a priori festgelegt, erfordert dies eine größere Finanzierungsbereitschaft der öffentlichen und privaten Kreditgeber.

Das integrierte Modell kann durch drei Gleichungen zusammenfassend beschrieben werden. Zunächst kann auf die beiden IWF-Programmierungsgleichungen (3a^F) und (4a^F) mit der einzigen Änderung zurückgegriffen werden, daß die Realeinkommensänderung Δy nun eine Ziel- und keine exogene Variable mehr darstellt. Schreibt man beide Gleichungen für den Fonds-Bank-Ansatz (FB) in allgemeiner Form, so weisen sie die folgende Vorzeichenstruktur auf:

(3^{FB})

ΔR^*

=

$f(\Delta y^*, \Delta P^*, \Delta \hat{F}, \overline{EX})$

-

-

+

+

$$(4^{FB}) \quad \Delta P^* = g(\underset{-}{\Delta y^*}, \underset{+}{\Delta R^*}, \underset{+}{\Delta \hat{D}}).$$

Die Begründung dieser Wirkungsrichtungen ist konventionell und folgt direkt aus dem IWF-Ansatz: Steigende Realeinkommen und Preise erhöhen die Importe und reduzieren so die Devisenreserven, während Exporte und Kapitalimporte diese direkt erhöhen. Im Geldmarkt wirkt eine Realeinkommenssteigerung über die Erhöhung der Geldnachfrage inflationsdämpfend. Eine Ausweitung der Geldangebotsentstehungskomponenten ΔR und ΔD wirkt preisniveauerhöhend.

Mit der allgemeinen Bestimmungsgleichung für die reale Bruttoinlandsproduktänderung ist das Modell vollständig formuliert:

$$(12^{FB}) \quad \Delta y^* = h(\underset{+}{\Delta P^*}, \underset{+}{\Delta \hat{F}}, \underset{+}{\Delta \hat{D}}, \underset{+}{\hat{T}}, \underset{-}{\hat{C}_{St}}).$$

Die hier postulierten Wachstumswirkungen sind noch kurz zu begründen, da sie nicht aus dem realwirtschaftlichen RMSM-Ansatz, sondern aus einem monetären Wachstumsmodell abgeleitet werden.

Dazu werden zunächst die nominalen Investitionswerte des privaten und öffentlichen Sektors durch deren Budgetrestriktionen definiert:

$$(1a) \quad I_{Pr} \equiv (Y - C_{Pr} - T) - \Delta M + \Delta D_{Pr}$$

$$(2a) \quad I_{St} \equiv (T - C_{St}) + \Delta F + \Delta D_{St}.$$

Die verhaltenstheoretische Begründung des gesamtwirtschaftlichen nominalen Investitionsvolumens greift wiederum nur auf die sektoralen Sparfunktionen (13) und (14) und die quantitätstheoretische Geldmarktgleichgewichtsbestimmung (Gleichung 6a) zurück. Die entsprechende Substitution ergibt:

$$(16) \quad I = s(Y - T) + T - C_{St} - \Delta Y/v + \Delta F + \Delta D.$$

Die reale Wachstumswirkung der Investitionen kann dann nach Deflationierung von I mit dem laufenden Preisniveau ($P = P_{t-1} + \Delta P$) und anschließendem Einsetzen in die Produktionsfunktion (12a) ermittelt werden:

$$(12a') \quad \Delta y = f_K \{ I / (P_{t-1} + \Delta P) \}$$

oder in der programmierten und vollständigen strukturellen Schreibweise¹²:

$$(12^{FB}) \Delta y^* = \frac{1}{(1/f_k) - (s - 1/v)} \{ (s - 1/v) \Delta P^* + (1 - s) \hat{T} - C_{St} + \Delta \hat{F} + \Delta \hat{D} \} .$$

Solange die Sparquote höher ist als die Geldhortungsquote ($1/v$), führt ein Preisanstieg dazu, daß zumindest ein Teil der Nominaleinkommenserhöhung zur Realkapitalbildung verwendet wird. Der direkte Effekt der Erhöhung der staatlichen Ersparnis, des Nettokapitalimports und der Inlandskredite auf die Kapitalbildung ist natürlich positiv. Die endgültige Wachstumswirkung läßt sich jedoch erst aus der simultanen Lösung der drei Modellgleichungen (3^{FB} , 4^{FB} und 12^{FB}) bestimmen. Die folgende Matrix gibt die Wirkungsrichtungen der Ziel-Mittel-Beziehungen im Gesamtmodell wieder¹³:

Ziel	Mittel	$\Delta \hat{D}$	$\Delta \hat{F}$	$\hat{T}$	$\hat{C}_{St}$
Δy^*		+	+	+	-
ΔP^*		? (+)	?	-	+
ΔR^*		? (-)	? (+)	?	?

Abb. 4: Ziel-Mittel-Beziehungen im IWF-Weltbank-Ansatz

Die „positive“ Lösung dieses wachstumstheoretisch erweiterten IWF-Modells zeigt daß interne Kreditrestriktionen wachstumsreduzierend wirken können, ohne daß die Stabilisierungsziele eindeutig erreicht werden. Deren Reaktion hängt letztlich von der Relation der tatsächlichen Parameterwerte zueinander ab. Eine Kreditrestriktion hat zwar die übliche – quantitätstheoretisch erklärte – deflatorische Wirkung, diese wird jedoch konterkariert durch die negative Angebotswirkung, da mit realen Einkommensreduktionen auch die Geldnachfrage sinkt und die induzierte Importsenkung mit den Devisenreserven (*ceteris paribus*) das Geldangebot erhöht. Die Unsicherheit über den Preiseffekt begründet dann auch die fragliche Reak-

¹² Diese Gleichung gilt wiederum nur für kleine Änderungen von ΔP und Δy , da sie unter Verwendung der approximativen Gleichung (11) abgeleitet wurde.

¹³ Aus dem folgenden Gleichungssystem (in Matrizendarstellung) läßt sich bei der gegebenen Vorzeichenstruktur die Wirkungsrichtung der Politikinstrumente bestimmen:

$$\begin{bmatrix} 1 & -0 \\ + & 1 - \\ + & + & 1 \end{bmatrix} \cdot \begin{bmatrix} \Delta y^* \\ \Delta P^* \\ \Delta R^* \end{bmatrix} = \begin{bmatrix} + & + & + & - \\ + & 0 & 0 & 0 \\ 0 & 1 & 0 & 0 \end{bmatrix} \cdot \begin{bmatrix} \Delta \hat{D} \\ \Delta \hat{F} \\ \hat{T} \\ \hat{C}_{St} \end{bmatrix} .$$

tion der Zahlungsbilanz. Bei plausibler Parameterkonstellation – insbesondere bei hohen Kapitalkoeffizienten und entsprechend geringfügigen Wachstumseffekten – kann jedoch erwartet werden, daß eine Kreditrestriktion deflationär und zahlungsbilanzverbessernd wirkt. Die preisanstiegsenkende Wirkung von Kreditrestriktionen – und diese Feststellung deckt sich mit den zitierten Ergebnissen von *Kenens* Studie – ist geringer, als sie in der einfachen finanziellen Programmierung des IWF errechnet wird. Eine Vernachlässigung von Wachstumseffekten würde also zu überoptimistischen Inflationsreduktionsprognosen führen, aus denen eine zu restriktive Kreditpolitik programmiert werden würde (vgl. Gleichung 4a^F). Kommt es insgesamt zu einer Preissenkung und zu einer Realeinkommensreduktion, so wird sich die Zahlungsbilanz jedoch verbessern ($\Delta R > 0$).

Ein Nettokapitalimport erhöht über den Wachstumszusammenhang (12^{FB}) direkt das Realeinkommen und verbessert natürlich auch direkt die Reservenposition des Schuldnerlandes (Gleichung 3^{FB}). Steigende Reserven erhöhen jedoch das inländische Geldangebot. Führt ΔF zu hohen Wachstumseffekten, könnte der einkommensinduzierte Geldnachfrageanstieg diesen inflatorischen Impuls begrenzen bzw. umkehren. Gleichzeitig steigende Importe verbrauchen Devisen und reduzieren die Geldangebotsinjektion. Im Idealfall steigt die wachstumsinduzierte Geldnachfrage stärker als das Geldangebot, der Preisanstieg fällt und reduziert den Nominalwert der Importe bei realer Importexpansion, so daß der Kapitalimport nur zum Teil für Importexpansionen verbraucht wird und die verbleibende Reservenexpansionen zu einem Geldangebotszuwachs führen, der höchstens der Geldnachfrageausweitung entspricht.

Eine Erhöhung der staatlichen Ersparnis ($\Delta \hat{T} > 0$ oder $\Delta \hat{C}_{St} < 0$) steigert direkt das reale Sozialprodukt und damit die reale Geldnachfrage. Sie wirkt also auch preissenkend. Der Zahlungsbilanzeffekt ist ungewiß, weil die Importe einkommensinduziert zu- und preisinduziert abnehmen.

Die Programmierung einer wachstumsorientierten Anpassungspolitik liefe dann wie folgt ab:

1. Zielformulierungen für Δy^* , ΔR^* und ΔP^* .
2. Projektion der exogenen Exporte.
3. Empirische Schätzung der Modellparameter v , m , f_K und s .
4. Auswahl und Festlegung des frei bestimmbaren Instrumentes.
5. Lösung der drei Modellgleichungen zur Bestimmung der Werte für den Einsatz der übrigen drei Politikinstrumente.

6. Prüfung, ob die ermittelten Vorgaben für die Instrumente realisierbar sind und ggf. nach Zielrevisionen oder Änderung der Vorgaben für das frei wählbare Instrument neue Modellrechnungen durchführen.

Das praktische Problem der wachstumsorientierten Anpassungsstrategie bleibt freilich die Mobilisierung der externen Finanzierungsmittel. Stellen diese realiter die exogene und limitierende Variable dar, schrumpft der „neue Ansatz“ auf eine angebotsorientierte Version der traditionellen IWF-Politik zusammen. Kreditrestriktionen, Kürzungen der Staatsausgaben und Abwertungen bleiben die wesentlichen Politikinstrumente, wobei die Anpassungslasten vornehmlich den nicht-investiven öffentlichen Ausgaben aufgebürdet würden: Streichungen von Subventionen, Einkommenskürzungen für und Entlassungen von öffentlichen Bediensteten, Privatisierung staatlicher und halb-staatlicher Unternehmen und Kürzungen von Sozialausgaben stellen einige der in diesem Zusammenhang wichtigen Politikinstrumente dar.

2. Negativer Ressourcentransfer und Schuldenerleichterungsprogrammierung

Gegenwärtig sind die Zinszahlungen der meisten hochverschuldeten Länder an ihre ausländischen Gläubiger höher als die zufließenden Nettokapitalimporte (definiert als Neukredite abzüglich Rückzahlungen). Der hiermit verbundene negative Ressourcentransfer muß zum größten Teil direkt über das Staatsbudget aufgebracht werden, da fast 90% der langfristigen Auslandsschulden der Entwicklungsländer staatliche oder staatlich garantierte Schulden darstellen. So mußten z.B. Entwicklungsländer mit Schuldendienstproblemen 1986 durchschnittlich 3,8% ihres Bruttoinlandsprodukts für Zinszahlungen an ihre ausländischen Gläubiger verwenden¹⁴. Diese sind dann zum größten Teil über den Staatshaushalt intern zu finanzieren.

Der Verweis auf den negativen Ressourcentransfer ist ein häufig verwendetes Argument für Schuldenerleichterungsstrategien. Seltener hingegen findet man eine ökonomisch präzise Begriffsdefinition und Wirkungsanalyse. So vernachlässigt auch das vorgestellte IWF-Weltbank-Modell die Zinszahlungen auf Auslandsschulden und kann daher dem Begriff des Ressourcentransfers keinen theoretischen Platz zuweisen. Dies soll hier nachgeholt werden.

Betrachten wir zur Vereinfachung nur Zinszahlungen auf staatliche Auslandsschulden (rF ; mit r = Durchschnittszinssatz auf Auslandsschulden)

¹⁴ Eigene Berechnungen nach IWF (1987).

und abstrahieren von anderen grenzüberschreitenden Faktorzahlungen, so lautet die Staatsbudgetrestriktion nun:

$$(2^{\text{RT}}) \quad T - C_{St} - I_{St} - rF \equiv -\Delta F - \Delta D.$$

Die Zahlungsbilanzrestriktion wird so definiert, daß $(\widetilde{M} - EX)$ nun das Nicht-Zins-Leistungsbilanzdefizit beschreibt, $\widetilde{M}$ also nur Güter- und nicht-finanzielle Dienstleistungsimporte umfaßt

$$(3^{\text{RT}}) \quad \widetilde{M} - EX + rF \equiv \Delta F - \Delta R$$

oder

$$(3a^{\text{RT}}) \quad \widetilde{M} - EX \equiv (\Delta F - rF) - \Delta R = F(g_F - r) - \Delta R$$

Der Nicht-Zins-Leistungsbilanzsaldo wird üblicherweise als Realtransfer bezeichnet. Er unterscheidet sich vom finanziellen Transfer $(\Delta F - r)$ durch die Änderung der Devisenreserven. Bei konstanten Devisenreserven impliziert also ein Nicht-Zins-Leistungsbilanzüberschuß einen negativen finanziellen Transfer, der bei gegebenem Schuldenbestand dadurch gekennzeichnet ist, daß die Wachstumsrate der Auslandsverschuldung (g_F) geringer ist als der Zinssatz (r) .

Die Budgetrestriktionen des privaten Sektors (1) und des Banksektors (4) bleiben unverändert. Die Budgetrestriktion der Gesamtwirtschaft, die sich nun durch Addition der sektoralen Bilanzen ergibt, definiert das Bruttoinlandsprodukt (Y) . Dieses entspricht dem Bruttosozialprodukt (BSP) zuzüglich der Zinszahlungen:

$$(5^{\text{RT}}) \quad Y \equiv C_{Pr} + C_{St} + I_{Pr} + I_{St} + EX - \widetilde{M} \equiv BSP + rF.$$

Wird der Nicht-Zins-Leistungsbilanzsaldo durch $(3a^{\text{RT}})$ ersetzt, so zeigt

$$(5a^{\text{RT}}) \quad Y + F(g_F - r) \equiv (C_{Pr} + C_{St} + I_{Pr} + I_{St}) + \Delta R \equiv A + \Delta R,$$

daß bei gegebenem Bruttoinlandsprodukt ein negativer Finanztransfer definitorisch die Absorption und/oder die Reservenbildung begrenzt.

Beschränken wir uns nun wiederum auf die Theorieelemente des Fonds-Bank-Ansatzes – Sparfunktionen und Quantitätstheorie –, so kann analog zum dortigen Vorgehen das nominale Investitionsvolumen

$$(16^{\text{RT}}) \quad I = s(Y - T) + T - C_{St} - \Delta Y/v + \Delta D + F(g_F - r)$$

und die strukturelle Bestimmungsgleichung der realen Bruttosozialproduktsänderung abgeleitet werden:

$$(12^{\text{RT}})\Delta y^* = \frac{1}{(1/f_K) - (s - 1/v)} \{ (s - 1/v) \Delta P^* + (1-s) \hat{T} - C_{St} + \Delta \hat{D} + \hat{F}(\bar{g}_F - \hat{r}) \}$$

Vervollständigt wird das Modell durch die IWF-Programmierungsgleichungen (3a^F) und (4a^F) mit den zwei Änderungen, daß in der Zahlungsbilanzgleichung (3a^F) ΔF durch den finanziellen Transfer $F(g_F - r)$ ersetzt wird und die Importe von Gütern und Nicht-Zins-Dienstleistungen nun als Funktion des Nominaleinkommens erklärt werden ($\tilde{I}\tilde{M} = mY$). Da in der inderdependenten Modellösung die Wirkungen des Instrumenteneinsatzes im wesentlichen denen im Fonds-Bank-Modell entsprechen und der finanzielle Transfer – auf exakterer Definitionsebene – eine wirkungsäquivalente Rolle zum Nettokapitalimport übernimmt, kann hier auf eine tiefergehende Beschreibung der Modellmechanik verzichtet und das Augenmerk auf einige praktischere Probleme gelenkt werden.

Betrachtet man den finanziellen Transfer insgesamt als Politikvariable für die wachstumsorientierte Anpassungsstrategie, so lassen sich drei Schuldenmanagementoptionen identifizieren: Mobilisierung der Neukreditvergabe (Erhöhung von g_F), Zinsreduktion bzw. Zinskapitalisierung und Schuldenstreichung (Reduktion von F). Die geringe Finanzierungsbereitschaft privater Kreditgeber registrierend, fordern immer mehr Ökonomen entweder eine „reziproke Konditionalität“ (z.B. *Bacha* 1987) oder Schuldenreduktionen. Eine reziproke Konditionalität will, ausgehend von einer Wachstumsprogrammierung, die den notwendigen Nettokapitalimport bestimmt, diesen Wert als performance-Kriterium für die Kreditgeber ansetzen. Wird dieses nicht erfüllt, sollen die Programmländer entweder zu automatischen Ziehungen bei den Bretton-Woods-Institutionen berechtigt werden oder eine Zinskapitalisierung vorgenommen werden. Auch andere Autoren schlagen vor, eine Nichtfinanzierungsbereitschaft der Banken als Kriterium für die Einführung einer Schuldenerleichterungsinitiative zu verwenden (*Sachs* 1986, *Williamson* 1986, *Fischer* 1987). Bei gegebenem Nettokapitalzufluß ($\bar{g}_F$) werden Zins- und/oder Schuldenreduktionen zu den Instrumenten einer wachstumsorientierten Anpassungspolitik.

Ohne eine Schuldenerleichterungsinitiative ist der finanzielle Transfer bei versperrtem Kapitalmarktzugang eine exogene Variable, der sich die Nicht-Zins-Leistungsbilanz der hochverschuldeten Länder durch Erzeugung von Überschüssen anpassen muß. Dies ist ein realwirtschaftliches Symptom der Devisenknappheit (oder der „externen Strangulierung“, wie es im Umfeld der UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika in den

sechziger Jahren hieß). Ein finanzielles Symptom ist die zunehmende Schwierigkeit vieler Programmländer, die Kreditobergrenzen für den öffentlichen Sektor – das sogenannte „Public Sector Borrowing Requirement“ – einzuhalten. Ein Blick auf die Staatsbudgetrestriktion zeigt einige Ursachen hierfür:

$$(2a^{RT}) \quad \Delta D_{St} = I_{St} + (C_{St} - T) - F(g_F - r) \quad \text{oder:}$$

$$(2b^{RT}) \quad \Delta D_{St} = I_{St} + (C_{St} - T) + (EX - \widetilde{IM}) - \Delta R.$$

Jede Erhöhung der Verzinsung der Auslandsschuld, jede Einschränkung der Neukredite erhöht den internen Finanzierungsbedarf. Das externe Verschuldungsproblem führt in einer Schuldenüberhangsituation rasch zu einem internen Verschuldungsproblem. Letzteres läßt sich – wie Gleichung (2b^{RT}) zeigt – nicht mit der Erzeugung von Leistungsbilanzüberschüssen beseitigen, da diese bei begrenztem Finanztransfer die inländische Kreditaufnahme des Staates erhöhen. In einer solchen Situation führen nicht-antizipierte Erhöhungen des negativen Finanztransfers (z.B. durch Zinssteigerungen) dazu, daß entweder die Kreditobergrenzen nicht eingehalten werden können, oder ex-post Budgetkürzungen vorgenommen werden müssen. Da letztere in der Regel die flexibleren Staatsinvestitionen treffen, entsteht ein Zielkonflikt zwischen Stabilisierungs- und Wachstumszielen. Dieses Dilemma neuerdings anerkennend, stimmte der IWF im Mexiko-Programm von 1986 zu, lediglich eine Kreditobergrenze für das „primary deficit“ – das um Zinszahlungen bereinigte finanzielle Staatsbudgetdefizit – vorzugeben. Vorausgesetzt die monetäre Inflationserklärung im Fonds-Bank-Modell ist richtig, kommt dies wiederum einer Aufgabe des Stabilisierungsziels gleich wie beispielhaft an den Mexiko-Daten illustriert werden kann: Das finanzielle Staatsdefizit sank von 17,6% des Bruttoinlandsprodukts in 1982 auf – immer noch hohe – 9,9% in 1985. Aber die primary-balance zeigt mit einem Überschuß von 2,1% im Jahre 1985, daß gegenüber dem 1982-er Defizit von 9,4% eine einschneidende Anpassung stattgefunden hat (Banco de México 1986). Diese ging insbesondere zu Lasten der öffentlichen Investitionen und damit auch des Wirtschaftswachstums (ohne freilich den Staatskonsum zu schonen).

Diese Beobachtungen führen uns zu einer dritten Definition des Schuldenüberhangs: Der vorhandene externe Schuldenbestand ist zu hoch, um ohne Schuldenerleichterungen gleichzeitig die Inflation bekämpfen und Wachstum erzeugen zu können.

Die strategische Antwort auf diese Problemlage könnte mit Schuldenerleichterungen – Schuldenreduktion, Zinsreduktion und Kapitalisierung

nicht-antizipierter oder inflationär wirkender Zinssteigerungen – gegeben werden.

Eine wachstumsorientierte „Schuldenerleichterungsprogrammierung“ – dies konnte hier gezeigt werden – ist mit den theoretischen Denkschemata der Bretton-Woods-Organisationen durchaus vereinbar. Am Beispiel einer Schuldenreduktion dargestellt, könnte diese den folgenden Ablauf haben:

1. Formulierung der Programmziele Δy^* , ΔP^* und ΔR^* .
2. Prognose der exogenen Variablen $\overline{EX}$, $\overline{g_F}$ und $\bar{r}$ und Schätzung der Modellparameter f_K , v , m und s .
3. Simultane Bestimmung der Instrumentenwerte $\Delta \hat{D}$, $\hat{C}_{St}$ und $\hat{T}$ bei gegebener Auslandsverschuldung und gegebenem Wechselkurs.
4. Prüfung, ob die errechneten Instrumentenwerte in der Anpassungsperiode realisierbar und im Schuldnerland sozial und politisch vertretbar sind. Dabei sind insbesondere bereits erbrachte Anpassungsleistungen und die damit verbundenen Kosten in Betracht zu ziehen.
5. Führt die Programmierung nicht zu plausiblen und durchführbaren Instrumentenwerten, ist – gegebenenfalls nach einer Prüfung der Wirkung von Wechselkursänderungen – eine erneute Modellrechnung durchzuführen, aus der die notwendige Schuldenreduktion errechnet wird, die mit ökonomisch, politisch und sozial vertretbaren Vorgaben für die anderen Instrumentenwerte vereinbar sind.

IV. Kritische Würdigung der theoretischen Grundlagen der IWF-Weltbank-Politik

Das vorgestellte gemeinsame IWF-Weltbank-Modell greift fast ausschließlich auf die traditionellen Theoriebausteine der Einzelmodelle zurück, so daß deren Struktureigenschaften im wesentlichen erhalten bleiben. Das eigentlich Neue im Integrationsansatz ist die angebotstheoretische Realeinkommenserklärung, die das IWF-Modell erweitert. Das Synthesemodell entkräftet also nicht die bekannten Argumente gegen die alten Modellelemente:

1. Die Produktion ist weiterhin angebotsdeterminiert. Eine restriktive Kreditpolitik kann jedoch die reale Nachfrage reduzieren und negative Multiplikatoreffekte auslösen, die die Produktion von der Nachfrageseite her reduzieren. Das Fonds-Bank-Modell begründet die Realeinkommenswirkungen jedoch nur mit den (kurzfristig geringen) Kapazitätseffekten der Investitionen und nicht mit deren Einkommenseffekten. Es besteht also

weiterhin die Gefahr, daß das Modell die restriktive Wirkung der programmierten Instrumentenwerte auf die Produktion unterschätzt.

2. Die Inflation wird – bei zugelassener Realeinkommensänderung – ausschließlich durch den Geldmarkt erklärt. Strukturelle Inflationsursachen werden nicht beachtet. Wird das Preisniveau – wie in sogenannten neo-strukturalistischen Modellen (vgl. z.B. *Taylor* 1983, 1987, *Sander* 1989) – durch ein mark-up-pricing auf die Produktionskosten erklärt, so können Kreditrestriktionen selbst preissteigernde Wirkungen über Zinserhöhungen erzeugen. Dies ist von besonderer Bedeutung, wenn die Unternehmen ihr Betriebskapital durch Kredite vorfinanzieren und die Zinskostensteigerung auf die Preise überwälzen (der „*Patman-Cavallo-Effekt*“). In dem Maße wie die Preissteigerungen sich nicht vollständig am Markt überwälzen lassen, kommt es zu Produktionseinschränkungen. Kreditrestriktionen können also stagflationär wirken und vielleicht eine Beschleunigung der Preis-Lohn-Spirale induzieren.
3. Das Produktionskostenargument kann auch gegen Abwertungen geltend gemacht werden. Diese erhöhen die inländischen Kosten für importierte Vorleistungen und können so ebenfalls stagflationär wirken. Es ist also zumindest Skepsis angebracht, wenn bei der Beschreibung der Programmierungsmodelle eine Währungsabwertung als zusätzliches deflationär wirkendes Instrument empfohlen wird, zumal sie den Wert des Schuldendienstes in inländischer Währung und damit – *ceteris paribus* – den staatlichen Kreditbedarf erhöht.
4. Die unvollständige Spezifikation der Verhaltensfunktionen, oft mit einer leichteren Anwendbarkeit der Programmierung begründet, kann schlicht zu falschen Modellrechnungen führen. Im Mittelpunkt der Kritik steht dabei die Annahme einer konstanten Geldumlaufgeschwindigkeit. Die Gültigkeit dieser Hypothese ist insbesondere bei hohen und stark variablen Inflationsraten in Zweifel zu ziehen. Dieser Einwand muß zugleich die Plausibilität der Investitionsfunktion in Frage stellen. Die Investitionsbestimmung aus den sektoralen Budgetrestriktionen unter Einbeziehung der Geldmarktgleichgewichtsbedingung als einzigem verhaltenstheoretischem Element neben der Sparfunktion ist daher mehr als zweifelhaft.
5. Das Weltbankmodell und damit auch der integrierte Ansatz als theoretische Basis einer wachstumsorientierten Konditionalität, erscheint vor dem Hintergrund der Erfahrungen mit den Mißerfolgen der externen Entwicklungsfinanzierung heute als zu optimistisch in bezug auf die wachstumsfördernde Wirkung von Auslandskrediten. Zwei Kritikpunkte

seien hier kurz erwähnt: Erstens kann befürchtet werden, daß externe Ersparnisse die internen nicht ergänzen, sondern substituieren (z.B. indem auf eine Erhöhung des Steueraufkommens verzichtet und die Intensivierung einer internen finanziellen Infrastruktur behindert wird) und zweitens kann die Durchführung von kapitalintensiven Investitionsprojekten durch Auslandskredite erleichtert werden, so daß es zu einem Anstieg des Kapitalkoeffizienten kommt.

Die bedeutende Rolle des IWF- und des Weltbankmodells in der täglichen Praxis dieser Organisationen wird oft mit deren Transparenz und leichten Handhabbarkeit begründet (vgl. *Khan / Montiel / Haque* 1986, S. 44). Das gleiche Argument kann für das integrierte Modell geltend gemacht werden. Warum aber die Diskussion um eine Intensivierung der Finanzierungsstrategie oder um Schuldenerleichterungen, behauptet dieses Modell doch, daß das Wachstumsziel und die Stabilisierungsziele mit den vier klassischen Instrumenten (Kredit-, Steuer-, Staatsausgaben- und Wechselkurspolitik) im Prinzip gleichzeitig erreicht werden könnten? Drei Gründe können hier genannt werden:

1. Die Programmziele werden oft nicht erreicht. Entweder weil das Modell falsch ist oder, wenn es die Funktionsweise der Ökonomie richtig beschreibt (die unvollständige Spezifikation der Verhaltenshypothesen und die völlige Vernachlässigung des informellen Sektors also gerechtfertigt wäre), weil sich die Prognosen über die Entwicklung der exogenen Variablen (z.B. Zinssatz auf Auslandsschulden, Exporterlöse) nicht erfüllen und ex-post Politikkorrekturen notwendig werden.
2. Die programmierten Instrumentenwerte nehmen unplausible Werte an, sind politisch nicht durchsetzbar und/oder sozial nicht vertretbar. Eine wachstumsorientierte Anpassung benötigte dann mehr Zeit und eine überbrückende Finanzierung. Diese Position wird von der Weltbank oft bei der Diskussion ihrer neueren, hier nicht erörterten, Strategievorschläge – Exportförderung und Finanzmarktliberalisierung – geltend gemacht.
3. Die Auslandsschulden der Entwicklungsländer sind juristisch nicht-einklagbare Forderungen. Die regelmäßige Schuldenbedienung wird durch das Versprechen auf weitere, zukünftige Finanzierung (und die Androhung von Sanktionen) „erkauft“.

Welches Bündel von Gründen für oder gegen die Finanzierungsstrategie spricht und ob Schuldenerleichterungen eine zu bevorzugende Alternative darstellen, soll hier nicht diskutiert werden¹⁵. Es konnte aber gezeigt wer-

¹⁵ Zur Diskussion der Schuldenmanagementoptionen siehe *Sander* (1988).

den, daß nicht nur Finanzierung, sondern auch Schuldenerleichterungen einen Platz im theoretischen Weltbild der Bretton-Woods-Institutionen haben. Damit letztere jedoch praktische Bedeutung erlangen, ist ein politisch induzierter Strategiewechsel im internationalen Schuldenmanagement notwendig. Die – verbesserungswürdige – Theorie für eine Schuldenerleichterungsprogrammierung liegt bereits vor.

Literaturverzeichnis

- Bacha, E. L. (1987): IMF Conditionality: Conceptual Problems and Policy Alternatives, in: *World Development*, vol. 15, no. 12, 1987, S. 1457 - 1467. – Banco de México (1986): *The Mexican Economy 1986*. – Chenery, H. B. und Strout, A. M. (1966): Foreign Assistance and Economic Development, in: *American Economic Review*, September 1966, S. 679 - 733. – Devlin, R. (1987): Economic Restructuring in Latin America in the Face of Foreign Debt and the External Transfer Problem, in: *Cepal Review*, no. 32, August 1987, S. 75 - 101. – Fischer, S. (1987): Sharing the Burden of the International Debt Crisis, in: *American Economic Review*, May 1987, S. 165 - 170. – Frenkel, J. A. und Johnson, H. G., eds. (1976): *The Monetary Approach to the Balance of Payments*, London 1976. – IWF (1987): *International Monetary Fund, World Economic Outlook*, Washington DC, October 1987. – IWF (1988): *Finanzierung und Entwicklung*, März 1988. – Kenen, F. (1986): *International Money and Macroeconomics: An Agenda for Research*, Institute for International Economics, Washington DC, September 1986. – Khan, M. S. und Knight, M. D. (1985): Fund-Supported Adjustment Programs and Economic Growth, *International Monetary Fund: Occasional Paper* 41, Washington DC, November 1985. – Khan, M. S., Montiel, P. und Haque, N. U. (1986): Adjustment with Growth: Relating the Analytical Approaches of the World Bank and the IMF, *Discussion Paper*, The World Bank, Report No. VPERS 8, Washington DC, October 1986. – Killick, T. u.a. (1984): *The Quest for Economic Stabilization. The IMF and the Third World*, London 1984. – Krugman, P. (1985): International Debt Strategies in an Uncertain World, in: *Smith, G. W. und Cuddington, J. T., International Debt and the Developing Countries*, Washington DC, 1985. – Krugman, P. und Taylor, L. (1978): Contractionary Effects of Devaluation, *Journal of International Economics*, vol. 8, August 1978, S. 445 - 456. – Polak, J. J. (1957): *Monetary Analysis of Income Formation and Payments Problems*, in: *IMF Staff Papers*, November 1957, S. 1 - 50. – Sachs, J. (1986): Managing the LDC Debt Crisis, in: *Brookings Papers on Economic Activity* (2) 1986, S. 397 - 431. – Sander, H. (1988): *Das internationale Schuldenmanagement und die Autonomie der Schuldnerländer. Theoretische und praktische Aspekte multilateraler Auflagenpolitik in und nach der Schuldenkrise*, Institut für Entwicklungsforschung und Entwicklungspolitik, Ruhr-Universität Bochum, Materialien und kleine Schriften, Bochum 1988. – Sander, H. (1989): Neostrukturalistische Makroökonomik für halbindustrialisierte Entwicklungsländer. Kritik der IWF-Stabilisierungstheorie, in: *Jahrbuch für Sozialwissenschaft*, Band 40, Heft 2/1989, S. 202 - 226. – Selowsky, M. und van der Tak, H. G. (1986): The Debt Problem and Growth, in: *World Development*, vol. 14, no. 9, 1986, S. 1107 - 1124. – Tanzi, V. (1987): Fiscal Policy, Growth, and the Design of Stabilization Programs, *IMF Working Paper* WP/87/1, Washington DC, January 1987. – Taylor, L. (1983): *Structuralist Macroeconomics*, New York 1983. – Taylor, L.

(1987): *Macro Policy in the Tropics: How Sensible People Stand*, in: *World Development*, vol. 15, no. 12, S. 1407 - 1435. – *Weltbank* (1986): *Weltentwicklungsbericht 1986*, Washington DC, 1986. – *Williamson, J.* (1986): *Comment on: Sachs (1986)*, in: *Brookings Papers on Economic Activity* (2) 1986, S. 432 - 437.

Zusammenfassung

„Anpassung mit Wachstum“ oder Schuldenerleichterungen?

Die theoretischen Grundlagen einer verstärkten Kooperation von IWF und Weltbank

Der *Baker*-Plan und die neuen Strukturanpassungsfazilitäten des Internationalen Währungsfonds betonen – für jeweils unterschiedliche Ländergruppen – die Bedeutung der externen Finanzierung für eine „wachstumsorientierte Anpassungsstrategie“ der hochverschuldeten Entwicklungsländer. Damit zielt das Konzept auch auf eine intensivere Kooperation von IWF und Weltbank und eine Koordination der Auflagenpolitik beider Institutionen ab. Dieser Aufsatz stellt die theoretischen Grundlagen einer verstärkten IWF-Weltbank-Kooperation vor. Ausgehend von der Darstellung der wenig bekannten Programmierungsmodelle der beiden Institutionen (finanzielle Programmierung und Wachstumsprogrammierung), die die Grundlage ihrer Auflagenpolitik bilden, wird ein Synthesemodell diskutiert, das von Mitarbeitern dieser Organisationen entwickelt wurde und die Basis für einen gemeinsamen Politikansatz von IWF und Weltbank bilden soll. Anschließend wird gezeigt, welche Rolle der sogenannte „Ressourcentransfer“ von den Entwicklungs- zu den Industrieländern in den hochverschuldeten Ländern für deren Wachstums- und Stabilisierungspolitik spielt und wie das Synthesemodell für eine Schuldenerleichterungsprogrammierung genutzt werden könnte. Eine kritische Würdigung dieser theoretischen Ansätze schließt die Ausführungen ab.

Summary

Adjustment Alongside Growth or Debt Relief?

Theoretical Bases for Intensified Cooperation between the IMF and the World Bank

The *Baker* Plan and the new Structural Adjustment Facilities of the International Monetary Fund stress – for varying country groupings – the importance of external financing in support of a growth-oriented adjustment strategy of the highly indebted countries. This concept thus aims, inter alia, at more intensive cooperation between the IMF and the World Bank as well as at coordination of the conditions imposed by both institutions. This paper presents the theoretical bases of more intensive cooperation between the IMF and the World Bank. Proceeding from a presentation of the two institutions' rarely known programming models (financial programming and growth programming) that form basis of their policy to impose conditions, the paper discusses a synthesis model developed by the staff of both organizations and designed to provide the platform of a joint policy approach of the IMF and the World Bank. Sub-

sequently, the paper demonstrates what role the so-called transfer of resources from developing to industrial nations plays in respect of the highly indebted countries' policies of growth and stabilization as well as how the synthesis model could be utilized for the purpose of debt relief programming. The paper concludes with a critical evaluation of these theoretical approaches.

Résumé

„Adaptation avec croissance“ ou allègements de dettes?

Les bases théoriques d'une coopération intensifiée du FMI et de la banque mondiale

Le plan *Baker* et les nouvelles facilités d'adaptation structurelle du FMI soulignent – respectivement pour différents groupes de pays – l'importance du financement extérieur pour une „stratégie d'adaptation orientée vers la croissance“ des pays en voie de développement hautement endettés. Le concept vise aussi à intensifier la coopération du FMI et de la banque mondiale et à coordonner la politique des conditions des deux institutions. Cet article présente les bases théoriques d'une coopération intensifiée de la banque mondiale et du FMI. Il présente tout d'abord les modèles de programmes peu connus des deux institutions (programme financier et programme de croissance) qui forment le fondement de leur politique des conditions et sur cette base, discute un modèle de synthèse qui a été développé par les collaborateurs de ces organisations et qui devrait former la base d'un concept politique commun du FMI et de la banque mondiale. L'auteur montre ensuite le rôle que joue pour leur politique de croissance et de consolidation ledit „transfert de ressources“ en provenance des pays en voie de développement vers les pays industrialisés et indique comment le modèle de synthèse pour un programme d'allègement de dettes pourrait être utilisé. Il termine son article par une critique de ce concept théorique.